Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 191 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 3.— Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 4.50 Mk. Durch Postbezug in Mitteldeutschland 13.50; monatlich 4.50 Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Montag, den 16. August 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspalt. Anzeigenteil 60 Pf., Reklame im Textteil 2.50 Mk. f. d. Millimeter-Höhe. Kollektivanzeigen 50% Aufschlag. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang

Die Ereignisse im Osten und ihre Folgen.

Soldau von den Russen genommen.

Aus Königsberg kommt die Nachricht: Soldau ist nach Kampf am 13. August abends von den Bolschewisten besetzt worden. Die Polen gingen auf Loebau zurück, da die Bahnstrecke Soldau-Lauterberg-Strasburg bereits in den Händen der Bolschewisten ist. Russische Kavallerie ist im Anmarsch auf Wloclawec und hat die Gegend Sierpe erreicht. Beim Angriff auf Modlin waren heftige Kämpfe in der Gegend Plonsk und Nasielsk, südwestlich Brest-Litowsk. Die polnischen Kräfte wurden hinter den Wieprz-Abschnitt zurückgenommen.

Der Kampf um Warschau.

Paris, 14. Aug. (Europapreß.) Mehrere Blätter lassen sich aus Warschau melden, daß die Entscheidungsschlacht um die polnische Hauptstadt seit Freitag morgen in vollem Gange sei. Auf beiden Seiten ständen zusammen etwa 600 000 Mann im Kampf. Längs der Eisenbahnlinie Warschau—Danzig sei die Verteidigung noch intakt.

Mailand, 14. Aug. (Europapreß.) Wie der Sonderkorrespondent des „Corriere della Sera" berichtet, gestaltet sich das Umfassungsmanöver von Warschau immer offensichtlicher. Auf ihrem äußersten rechten Flügel setzen die Russen ihre Bewegung nach Westen fort, indem die Reiterabteilungen bis nach Lipno vorstoßen, während einzelne Infanterieabteilungen schon bei Serpez, unmittelbar im Norden von Plock, dem wichtigsten Uebergangspunkt an der Weichsel, stehen.

London, 14. Aug. (Holl. Nieuws Büro.) Laut „Daily News" telegraphierte Kamenew nach Moskau, daß die russische Regierung Schritte an den Friedensbedingungen, wie sie veröffentlicht worden sind, festhalten müsse. Inzwischen verdoppelt die Rote Armee ihre Anstrengungen, Warschau einzunehmen. Der Fall der polnischen Hauptstadt wird als bevorstehend angesehen.

Forderungen der englischen Arbeiter.

Rotterdam, 14. August. In der gestrigen Sitzung des Arbeiterkongresses in London wurde u. a. eine Entschließung angenommen, wonach der Aktionsausschuß bestehen bleiben soll, bis vollständige Bürgschaften dafür gegeben worden sind, daß die englischen Streitkräfte nicht dazu verwendet werden Polen, General Wrangel oder irgend ein Unternehmen zu Wasser oder zu Lande gegen Sowjet-Rußland zu unterstützen. Weiter verlangt die Entschließung die Zurückziehung der englischen Seestreitkräfte, die an der Blockade gegen Sowjet-Rußland beteiligt sind, die Anerkennung der Sowjetregierung und die Aufnahme der uneingeschränkten Handelsbeziehungen zwischen England und Sowjet-Rußland. Die Entschließung erklärt ferner, die Konferenz möchte den Aktionsausschuß ermächtigen, nötigenfalls den Streik zu proklamieren, um die oben dargelegte Politik durchzusetzen.

Paris, 14. August. Wie „Petit Parisien" aus London mitteilt, dauert der Meinungsaustausch zwischen der Foreighn Office und der französischen Botschaft in London fort. Es sei zwar noch keine Entscheidung getroffen, aber es sei offenbar, daß man die Vorschläge der französischen Diplomatie gut aufgenommen habe. Lloyd George werde am kommenden Montag in der Kammer Erklärungen abgeben. Eine Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand sei nicht mehr erforderlich.

Die französischen Arbeiter zu den Ostfragen.

Die aus Moskau zurückgekehrten französischen Sozialisten Cachin und Frossard erstatteten in einer Pariser Volksversammlung, an der 10 000 Personen teilnahmen, Bericht über ihre Reise. Sie traten für den Anschluß an die dritte Internationale ein. Zum Schluß wurde eine Tagesordnung angenommen, in der sich die Versammlung mit der russischen Arbeiterrevolution solidarisch erklärt und sich verpflichtet, sich mit allen Kräften gegen einen neuen Krieg zu wenden, der die Abenteurer unterstützen würde. Die Versammlung forderte Anerkennung der Sowjetregierung.

Um den Steuerabzug.

Stuttgart, 14. Aug. Staatssekretär Moesle vom Reichsfinanzministerium setzte heute nachmittag in einer größeren Versammlung von Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen die Gründe auseinander, weshalb die Reichsfinanzverwaltung trotz des gerade in Württemberg besonders leidenschaftlichen Widerstandes der Arbeiterschaft auf die verbesserte Form des zehnprozentigen Steuerabzuges nicht verzichten könne. Es entstand eine lebhafte Debatte.

Zu gleicher Zeit zog ein Demonstrationszug von etwa 1500 Eisenbahnern vor das Eisenbahndirektionsgebäude, um die Aufhebung des Lohnabzuges zu erreichen. Präsident Siegel empfing eine Abordnung, der er die Absendung eines dringlichen Telegramms mit ihren Wünschen nach Berlin versprach und außerdem zusagte, daß Delegierte der Demonstranten nach Berlin reisen dürften, um dort ihre Wünsche persönlich vorzutragen.

Als die Kundgebung sich auflöste, entdeckte eine Gruppe der Demonstranten im Hauptbahnhof den Salonwagen des Reichsverkehrsministers Gröner, der gestern aus Berlin zu Besprechungen eingetroffen war und abends dorthin zurückkehren wollte. Es kam zu lebhaften Szenen, in deren Verlauf General Gröner veranlaßt wurde, den Salonwagen zu verlassen und sich mit der Demonstrantengruppe in ein Zimmer des neuen Bahnhofes zu begeben, wo weiter verhandelt wurde. Der Reichsverkehrsminister hielt eine Ansprache und gab zum Ausdruck, daß er die Wünsche der Kundgeber in Berlin zum Ausdruck bringen werde, was mit Beifall aufgenommen wurde. Die Demonstration löste sich dann vollends auf.

*

Eine Unterredung mit Finanzminister Wirth.

Berlin, 13. August. Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat dem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", Dr. Kaufmann, eine Unterredung über den Steuerabzug gewährt. Seine erste Frage:

Was halten Sie, Herr Minister, vom Steuerabzug vom Arbeitslohn? beantwortete Dr. Wirth folgendermaßen:

Bei der Kritik des Lohnabzuges wird immer wieder vergessen, in welch außerordentlich großer Finanznot sich das Reich befindet. Es müßte doch schließlich jedem klar sein, daß wir Steuern zahlen müssen, weil sonst jede Staatswirtschaft aufhören und Staats- und Volkswirtschaft zusammenbrechen müßten. Wen würde ein solcher Zusammenbruch am schärfsten treffen? Alle diejenigen, welche von ihrer Arbeit leben müssen. Darum ist gerade das arbeitende Deutschland das größte Interesse daran, daß durch Ausführung der Steuergesetzgebung unsere Finanzen wieder in Ordnung gebracht werden. Dies ist auch noch aus einem anderen Grunde wichtig: kommen unsere Finanzen nicht in Ordnung, so entwertet sich das deutsche Geld weiter und die Folgen hat dann die breite Masse des arbeitenden Volkes am meisten zu spüren. Im übrigen ist der Lohnabzug in das Einkommensteuergesetz durch die Nationalversammlung aufgenommen worden, nachdem die Reichseinkommensteuer in vielen Punkten milder gestaltet worden war als die bisher geltenden Einkommensteuergesetze. Beim Kinderprivileg und beim Existenzminimum ist man bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Das mußte auch die Sozialdemokratie zugeben. Die hohen Einkommen sind dafür entsprechend der allgemein aufgestellten sozialen Forderung in einer Weise besteuert worden, wie es in keinem Lande in dem Maße der Fall ist. Die Einkommensteuer geht bis zu 60 Prozent bei den ganz großen Einkommen. Dazu kommt noch die Kapitalertrags- und die Körperschaftssteuer, sowie das Reichsnotopfer, wodurch die oberen Schichten außerordentlich schwer belastet werden.

Die Tatsache, daß die Steuer direkt bei der Lohnzahlung einbehalten wird, hat für den Arbeiter und Beamten ähnliche Vorteile wie die Einbehaltung der Versicherungsbeiträge. Er kommt dann nicht in die Gefahr, daß er bei der Quartalssteuerzahlung nicht die nötigen Gelder zur Verfügung hat und sich dadurch allerlei Unannehmlichkeiten aussetzt.

Wie verhalten Sie sich, Herr Minister, zu dem Vorgehen der Arbeitnehmer, die durch Androhung von Gewalt die Vornahme des Steuerabzuges verhindern wollen?

Steuersabotage in diesem kritischen Augenblick ist geradezu ein Verbrechen am Reiche, wie am ganzen Volke. Würde die Zentralsteuer sabotiert, so würde das ganze Steuersystem zusammenbrechen. Die Folgen kann sich jeder selbst ausmalen. Ich habe sie eben angedeutet. Es muß deshalb mit allen Mitteln dem Gesetze, das vom Parlamente unter Mitwirkung der Sozialdemokratie geschaffen wurde, Geltung verschafft werden.

Haben auch die übrigen Steuerpflichtigen vorläufige Abschlagszahlungen auf die endgültig zu entrichtende Einkommensteuer zu zahlen?

Selbstverständlich; sie haben an vorläufiger Einkommensteuer mindestens soviel zu entrichten, wie sie im Jahre 1919 an Staats- und Gemeindeeinkommensteuer zusammen zu entrichten hatten.

Ist eine weitere Aenderung der gesetzlichen Vorschriften über den Steuerabzug für die nächste Zeit vorgesehen?

Die Härten, die sich bei Durchführung der ursprünglichen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes über den Lohnabzug ergeben haben, sind im wesentlichen durch das Gesetz zur ergänzenden Regelung des Steuerabzuges vom 21. Juli d. J. beseitigt. Dieses Gesetz ist mit Zustimmung aller Parteien — die unabhängige Sozialdemokratie hat lediglich gegen die Erhöhung der Absugsprozente für höhere Einkommen gestimmt — vom Reichstag beschlossen worden und es dürfte richtig sein, nunmehr zunächst einmal die weiteren Erfahrungen abzuwarten, die sich bei der Durchführung dieses Gesetzes ergeben.

*

Auch diese beruhigenden Worte eines besorgten Finanzministers werden dem Steuerzahler die Erfüllung seiner Pflichten schwerlich schmackhafter machen; zudem glaubt noch fast ein jeder Volksteil, daß er bei den jetzigen Staatseinrichtungen zu kurz kommt. Die von rechts ebensosehr wie die von links. So kann also auch der in Aussicht gestellte Zusammenbruch des Staates bei einer Steuersabotage kaum einen Anreiz auf einen besseren Eingang der Steuern ausüben.

Ermordetes Recht.

Seit einem Jahre erfreuen wir uns in Deutschland einer Verfassung, die zu den freiesten der Welt gehört und in ihren Grundzügen von durchaus demokratischem Geiste beseelt ist. Auch im Rechtswesen scheint alles aufs beste bestellt zu sein. Im zweiten Teile der Reichsverfassung, unter Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen, sagt der Artikel 109: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich", und wenn wir weiter in den einzelnen Bestimmungen umherblättern, dann werden wir gewahr, daß in der Tat alle Garantien gegeben sind, die Gerechtigkeit walten zu lassen — aber leider nur auf dem Papier. Die Wirklichkeit sagt etwas anderes.

Wer sich über die wirklichen Rechtsverhältnisse in der deutschen Republik unterrichten will, der verfolge einige Wochen mit Aufmerksamkeit die großen Prozesse und Gerichtsverhandlungen über politische Delikte und lese z. B. die Urteile über Kapp-Putschisten und sonstiger Hochverräter.

In den letzten Monaten haben sich die Urteile, die einen Schlag gegen das Rechtsempfinden des Volkes darstellen, ungeheuerlich vermehrt. Die Zeitungen, mit Ausnahme der nationalistischen Kapp- und Lüttwitz-Leiborgane, sind täglich mit Notizen über Justiz-Skandale versehen. Noch ist die so außerordentlich gerechtfertigte Erregung aller demokratisch Gesinnten über das unmögliche Urteil im Marburger Prozeß nicht verebbt, da geben schon wieder neue „Fälle" Kunde von der Volksfeindlichkeit unserer Herren Richter. Innerhalb zweier Wochen kann man soviel Material zu der Rubrik: „Schwere Verstöße der Justiz gegen das Rechtsgewissen" sammeln, daß die Annahme, die reaktionären Richter wollen Rache üben für den verunglückten Kapp-Putsch, durchaus gerechtfertigt ist. Bis heute ist noch keine Verurteilung der Verbrecher des 13. März bekannt geworden, wohl aber eine erschreckende Fülle davon gegen jene Volksgenossen, die zum Widerstand gegen die Reaktion aufriefen. Das Mißtrauen weiter Volkskreise zu dem jetzigen Gerichtswesen, das aus den noch in aller Erinnerung stehenden Klassenurteilen der Vorkriegszeit seinen Ursprung nahm, ist heute mehr denn je verständlich.

Durch die linksgerichteten Zeitungen ging kürzlich folgende Notiz:

„Oberleutnant v. Aulock, auf dessen Befehl während der Kapp-Tage in Breslau sieben unschuldige Arbeiter verhaftet, zu Tode gemartert und in die Oder geworfen wurden, ist nach achtägiger Untersuchungshaft auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem sich das Gericht vorher durch eine Röntgenuntersuchung bescheinigen ließ, daß Aulock lungenkrank sei und die Untersuchungshaft nicht ohne Schaden an seiner Gesundheit ertragen könne."

Das ist nur ein Beispiel dafür, wie wenig der in der Verfassung niedergelegte Satz: Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich, in der Praxis gilt. Entlarvte Mörder werden auf freien Fuß gesetzt, wenn sie den Kreisen angehören, denen die Republik und alle Volksrechte ein Dorn im Auge sind. Eine neue skandalöse Entfaltung wurde vor einigen Tagen aus Dresden gemeldet:

„Die Regierung hat durch ihren Beauftragten feststellen lassen, daß das Gericht in Klingenthal, ohne dem Justizministerium vorher Mitteilung gemacht zu haben, von Berger aufeigene Hand wieder freigelassen hat. Die Regierung hat daraufhin die nötigen Schritte getan. Der Minister des Innern hat sich ferner mit dem Justizminister in Verbindung gesetzt, um zu erfahren, aus welchen Gründen der Richter zur Freilassung Bergers gekommen ist. Aus dem, dem Minister des Innern bisher vorliegenden Material ist ein Grund zur Enthaftung einstweilen nicht zu erkennen.

Ueber v. Berger hatten wir vor einigen Tagen folgendes berichtet:

„In Klingenthal i. S. ist der Offizier der Reichswehr Leutnant v. Berger aus Chemnitz von der Nachrichtenstelle von der Polizei verhaftet worden, nachdem er vorher in Wildthal eine Konferenz mit den Kommunisten Rudert und Rebentrost gehabt hatte."

Demnach gehörte v. Berger zu jenen Elementen, welche man mit dem wohlklingenden Namen Spitzel bezeichnet und welche zur Versumpfung unseres gesamten politischen Lebens in so reichlichem Maße beitragen. Die aufgeputschten jungen Leute werden in Haft behalten, der Aufputscher aber auf freiem Fuß gesetzt. Soll durch diese haarsträubende Rechtsvergewaltigung nicht das letzte Atom Vertrauen zu einer derartigen Justizkrei schwinden!

Die bürgerlichen Gerichte gehen mit der berüchtigten Militärjustiz Hand in Hand. Ein besonders bezeichnender Fall, der auch den antisemitischen Charakter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200816-10/fragment/page=0001

der „unparteiischen" Gerichte zur Genüge erkennen läßt, ist folgender:

„Ein Oberleutnant und Gutsbesitzer Wilhelm Waltking, der im „Hotel Esplanade" in Berlin abgestiegen war, verübte am 24. Februar d. Js. in einer Bar grobe antisemitische Exzesse. Mit dem Rufe: „Sämtliche Juden den Hut abnehmen, jetzt kommt ein preußischer Oberleutnant!" attackierte er einen Weinhändler namens Litfin, den er irrtümlich für einen Juden hielt und mißhandelte ihn schwer. Der Ueberfallene stellte Strafantrag.

Aber es geschah nichts darauf. Nach etwa einem Vierteljahr fragte er bei der Staatsanwaltschaft an, was aus der Sache geworden wäre. Darauf stellte sich heraus, daß die Strafanzeige von der Polizei an die Staatsanwaltschaft nicht weitergegeben war. Angeblich soll sie verloren gegangen sein.

Oberleutnant und Gutsbesitzer! In diesen beiden löblichen Eigenschaften liegt der Schlüssel für die ach so freundliche Nachsicht der Richter. Wir verfügen über einen ganzen Posten derartiger Skandalgeschichten, die geradezu eine Verhöhnung der Demokratie darstellen. Besonders der Militärjustiz kann man die Anerkennung nicht versagen, daß sie bei den Verurteilungen der aufständigen Arbeiter eine beispiellose Energie und Binnenfleiß entwickelt hat. Wenn es sich aber um Militärpersonen handelt, und vor allem um Offiziere, mahlen ihre Mühlen langsam und ohne Erfolg. Wie in Mechterstedt haben auch im Ruhrgebiet Offiziere und Reichswehrsoldaten bestialische Morde an vielen Arbeitern begangen, sind viele wehrlose niedergeschossen und verscharrt worden. Es sind Arbeiter mit abgeschnittenen Hälsen und eingeschlagenen Schädeln ausgegraben worden, die aber Wertsachen beraubt waren. Von den Tätern und Anstiftern dieser Greuel ist bis jetzt noch kein einziger von den zuständigen Militärgerichten angeklagt, geschweige verurteilt worden.

In diese Verwirrung der allgemeinen Rechtsverhältnisse paßt der vor einigen Tagen vom Reichskabinett gefaßte Beschluß über die Rückwirkung des Amnestiegesetzes auf die Disziplinarverfahren: „Das Kabinett hat beschlossen, daß die Untersuchungsausschüsse sofort ihre Tätigkeit einstellen, neue Disziplinarverfahren auf Grund neuer Anzeigen nicht mehr eingeleitet, die schwebenden Verfahren mit möglichster Beschleunigung zu Ende geführt werden."

Eine neue erfreuliche Tatsache für die Helfershelfer beim Kapp-Putsch, die vom Kabinett damit begründet wurde, daß es dem Geist des Amnestiegesetzes entspräche, eine möglichst weitgehende Beruhigung aller beteiligten Kreise herbeizuführen". Gerade das Gegenteil ist der Fall, keine Beruhigung, sondern eine bis zur Siedehitze gesteigerte Erregung wird durch die Lauheit gegen die Rechtsbolschewisten hervorgerufen. So geht es einfach nicht mehr weiter. Das Volk hat im November 1918 die alten politischen Verhältnisse nicht gekürzt, um sich nun eine neue Autokratie durch unser mittelalterliches Justizwesen und den Klassenschiedungen vor dem Gericht gefallen zu lassen.

Wer sich frägt, wie ist es möglich, daß so furchtbare Klassenurteile gefällt werden können, der muß beachten, aus welchen Kreisen unsere Richterkollegiums sich zusammensetzen. Ausgeprägter Kapp-Geist weht hier noch, nur selten von einem neuen Lüftchen bewegt. Wo sich aber diesem reaktionären Geblüt ein demokratischer Kollege entgegensetzt, da wird mit Boykott gegen ihm vorgegangen. Der „Vorwärts" veröffentlicht kürzlich ein Schreiben eines sächsischen Richterkollegiums an den Präsidenten des Sächsischen Richtervereins, in dem um Ausschließung des Landgerichtsrats Brodauf aus dem Verein gebeten wurde. Brodauf ist demokratischer Reichstagsabgeordneter.

Es ist eines demokratischen Volkes unwürdig, noch länger ein Justizwesen zu ertragen, daß allem Volksempfinden so entgegenläuft. Wir brauchen Richter, die nicht nur mit einigen schönen Schmissen und einem Bierherz beladen sind, sondern den sozialen Geist der Neuzeit erfaßt haben. Richter, die über Gewerkschaftswesen, wie überhaupt über das ABC der Arbeiterbewegung gediegene Kenntnisse besitzen, werden keine so ungeheuerliche Urteile fällen, wie hier von uns angeführt.

Aufgehobener Belagerungszustand in Saarbrücken. Der Belagerungszustand ist mit dem heutigen Tage aufgehoben. Die Verhandlungen zwischen den Organisationen und der Regierungskommission dauern an.

Angehaltene Transportzüge.

Schneidemühl, 15. Aug. Gestern abend wurde auf dem hiesigen Bahnhof ein Ententezug angehalten, da Munition und Lebensmittel für Polen darin vermutet wurden. Da die sich angesammelte tausendköpfige Menge sehr erregt sich zeigte, wurde Sicherheitspolizei geholt, die den Schutz der Engländer und Franzosen übernahm. Da sich keine nichtdeklarierten Gegenstände in dem Zuge befanden, ist er heute vormittag weitergefahren.

Ratibor, 14. Aug. Die Arbeiterschaft der Ratiborer Hauptwerkstätte hielt heute früh einen Transport französischer Truppen an und setzte, wie der „Oberschlesische Anzeiger" berichtet, durch, daß der Zug auf ein totes Gleis gesetzt wurde, wo er unter Bewachung der Arbeiterschaft steht. Nach einer Meldung des gleichen Blattes wurden auch auf den Stationen Rensa, Tworkau und Annaberg Transportzüge angehalten. Die Arbeiterschaft verlangt, daß während des russisch-polnischen Krieges jegliche Truppenbewegung im besetzten Oberschlesien seitens der Alliierten unterbleibt, und will diese Forderung mit allen Mitteln durchsetzen.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses und des Reichstages.

Die Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags, die Genossen Scheidemann und Wels haben durch das Bureau des Reichstages an den Abgeordneten Stresemann, als Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, das Ersuchen gerichtet, den Auswärtigen Ausschuß sofort zu einer Tagung zusammenzuberufen, die angesichts der gespannten außenpolitischen Lage dringend notwendig erscheint.

*

Der „Bund Neues Vaterland" richtet an den Reichstagspräsidenten und an die Vorstände der Fraktionen den dringenden Appell, in dieser Zeit der stärksten politischen Spannung sofort den Reichstag einzuberufen. Das englische Parlament hat seine Ferien unterbrochen, König und Premierminister verzichten auf ihre Sommerreise. In Frankreich wird die Zusammenberufung der Kammer erwogen. Der deutsche Reichstag aber gibt, wie in den gelobten Zeiten Bülows und Bethmanns, der bedauerlichen Auffassung Nahrung, er sei immer dann nicht auf dem Posten, wenn er am notwendigsten ist. Der deutsche Reichstag darf nicht feiern, wenn das Schicksal Deutschlands auf dem Spiele steht.

Die „Orgesch" auch für Brandenburg verboten.

Der preußische Minister des Innern Severing hat, wie die P. P. N. hören, in Verfolg seiner gegen die Orgesch eingenommenen Stellung nunmehr auch den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg angewiesen, gegen die Orgesch durch Verbietung und Auflösung vorzugehen.

Halbamtlich meldet WTB.: Die in der Presse verschiedentlich wiederkehrende Behauptung, die Orgesch sei von einer Stelle des Reichsministeriums des Innern anerkannt worden, entspricht nicht den Tatsachen.

Diese Anweisung des Ministers Severing straft das Geschrei der reaktionären Presse Lügen, die das Vorgehen Hörsings in Sachsen als „Eigenmächtigkeit einer untergeordneten Stelle" hinstellen möchte.

Ein Hilferuf für die sibirischen Gefangenen.

London, 14. August. (WTB.) Laut „Times" hat der Völkerbund eine Mitteilung von Fräulein Elsa Brandström, die soeben aus Sibirien zurückgekehrt ist, erhalten. Es heißt darin, wenn nicht schleunigst die Mittel zur Heimführung der Gefangenen beschafft würden, so würden im folgenden Winter 200 000 Mann in Rußland und Sibirien infolge Elends und Hungers sterben. Die Sowjetregierung habe die Gefangenen zwar für freie Bürger erklärt, doch sei die russische Bevölkerung, unter der sie lebten, selbst von Hunger heimgesucht.

Das schwedische Rote Kreuz meldet, daß es eine Expedition nach Sibirien infolge von Hindernissen auf russischer Seite aufgeben müsse.

Diplomatische Vorstellungen Deutschlands wegen der Zustände im Saargebiet.

Berlin, 14. August. (Meldung des WTB.) Wie wir hören, hat die deutsche Regierung die Geschäftsträger in London, Paris und Rom und den Botschafter beim Vatikan beauftragt, die Aufmerksamkeit der dortigen Regierungen auf die Vorgänge im Saargebiet zu lenken und sie auf den Ernst der durch die französischen Uebergriffe hervorgerufenen Lage und die unabsehbaren Folgen der von der Saarregierung getroffenen Maßnahmen hinzuweisen.

Ausland.

Die englisch-französische Spannung.

Paris, 15. Aug. Die Presse betont den freundschaftlichen Charakter der englisch-französischen Besprechungen und glaubt, daß die Differenzen in zwei bis drei Tagen beigelegt sein dürfen. Immerhin ist zu bemerken, daß der Lösung Hindernisse entgegengetreten sind in der Tätigkeit des Aktionsausschusses der englischen Arbeiterpartei, welcher mit der Einstellung der Kohlenlieferungen an Frankreich drohe.

Washington, 15. Aug. (Havas.) Das amerikanische Staatsdepartement hat seine Antwort auf die französische Note vorbereitet. Es erklärt sich darin mit den allgemeinen Prinzipien der französischen Note einverstanden, glaubt jedoch nicht, daß dies für den Augenblick die Pflicht in sich schließe, die Regierung Wrangels anzuerkennen.

Unruhen bei Musterungen in Böhmen.

Prag, 14. August. (WTB.) Nach Meldung des Tschecho-Slowakischen Pressebureaus aus Troppau wurde dort gegen eine Kundgebung vor der Ententekommission im Zusammenhange mit der Musterung Stellungspflichtiger Gendarmerie und Militär aufgeboten. Als die Zurückziehung der Truppen verwiesen wurde, sei die Menge gegen sie vorgegangen. Hierbei wurde ein Gendarmerie-Oberleutnant, der einem Manne seinen Revolver abnehmen wollte, erschossen und durch Schüsse der Gendarmerie eine Person getötet und sieben oder acht zum Teil schwer verwundet. Die Landesregierung hat über die Bezirke Freiwaldau und Jägerndorf das Standrecht verhängt.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

London, 14. Aug. (Reuter.) Die Nachricht, Lloyd George habe Polen geraten, die Bedingungen Sowjetrußlands anzunehmen, ist ungenau. Die nach einem englischen Kronrat an Polen gesandte Note enthält keine Ratschläge an die polnische Regierung, sondern besagt einfach, die englische Regierung sei der Ansicht, daß das britische Volk keine Kriegserklärung billige zu dem Zwecke, Polen zu unterstützen, um eine Verbesserung der russischen Bedingungen zu erlangen, sofern die Bedingungen Sowjetrußlands in gutem Glauben gestellt und ohne Hintergedanken sind.

Paris, 14. Aug. (WTB.) Der Korrespondent des „Temps" in London glaubt zu wissen, daß die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen, die der polnischen Friedensdelegation übermittelt werden sollen, wesentlich abweichen von denen, die Kamenew am 12. August Lloyd George mitgeteilt hat. Nach seiner Kenntnis wird die Sowjetregierung Punkt für Punkt den hauptsächlichsten Klauseln des Versailler Vertrages folgen und den Polen gegenüber dasselbe Verhalten einschlagen, das die Entente gegenüber Deutschland eingeschlagen hat. Im Osten würde die Grenze gegen Rußland günstiger sein als die Lloyd-George-Linie, die Russen seien aber nicht gewillt, irgendwelche Garantien in bezug auf die Aufrechterhaltung des polnischen Korridors zu geben.

London, 14. Aug. (WTB.) Der Korrespondent des „Manchester Guardian" meldet, daß die Sowjetregierung von Polen bedeutende Lieferungen an Lokomotiven und rollendem Eisenbahnmaterial verlangt habe.

Prag, 14. Aug. (Tschechoslowakisches Preßbureau.) Seit gestern und heute gehen die Entente-Besatzungstruppen des tschechoslowakischen Abstimmungsgebietes nach Oberschlesien ab.

Und dann? Reserve für den Fall des Eingreifens?

Der mesopotamische Aufstand.

London, 14. August. (WTB.) Nach einer Reutermeldung aus Bombay wurde die Bahnlinie von Bagdad nach der persischen Grenze am Morgen des 10. August von Eingeborenen zerstört. Eine von Bagdad abgesandte Kolonne stellte am gleichen Tage die Verbindung wieder her. Die „Times" weist darauf hin, daß sich in dieser Gegend, nördlich von Bagdad, bisher noch keine Unruhen ereignet hätten, sondern nur bei den arabischen Stämmen entlang des Euphrat, weit südlich von Bagdad.

Polnischer Generalstabsbericht.

Warschau, 14. Aug. (Havas.) Auf der Nordfront wurden alle Angriffe abgewiesen. Wir fahren mit der Umgruppierung unserer für die Verteidigung der Hauptstadt bestimmten Truppen fort. Die Berührung mit dem Feinde ist gering. Nordwestlich Ujublin hat unsere Nachhut die Linie des Flusses Tysmenitza besetzt. Angriffe des Feindes wurden abgeschlagen, wobei uns 8 Maschinengewehre und 100 Gefangene in die Hände fielen. Am Abschnitt Cholm erlitt der Feind eine schwere Niederlage, wobei er Maschinengewehre und Gefangene in unserer Hand ließ.

Romeo und Julia auf dem Dorfe.

Erzählung von Gottfried Keller.

(20. Fortsetzung.)

Um das Haus herum standen verwilderte Kastanienbäume, und knorrige starke Rosenbüsche, auf eigene Hand fortlebend, wuchsen da und dort so wild herum, wie anderswo die Holunderbäume. Der Estrich diente zum Tanzsaal: als Sali mit Brenchen daherkam, sahen sie schon von weitem die Paare unter dem offenen Dache sich drehen, und rund um das Haus zechten und lärmten eine Menge lustiger Gäste. Brenchen, welches andächtig und wehmütig sein Liebeshaus trug, glich einer heiligen Kirchenpatronin auf alten Bildern, welche das Modell eines Domes oder Klosters auf der Hand hält, so sie gestiftet; aber aus der frommen Stiftung, die ihr im Sinne lag, konnte nichts werden. Als es aber die wilde Musik hörte, welche vom Estrich ertönte, vergaß es sein Leid und verlangte endlich nichts, als mit Sali zu tanzen. Sie drängten sich durch die Gäste, die vor dem Hause saßen und in der Stube, verlumpte Leute aus Seldwyla, die eine billige Landpartie machten, armes Volk von allen Enden, und stiegen die Treppe hinauf, und sogleich drehten sie sich im Walzer herum, keinen Blick voneinander abwendend. Erst als der Walzer zu Ende, sahen sie sich um, Brenchen hatte sein Haus zerdrückt und zerbrochen und wollte eben betrübt darüber werden, als es noch mehr erschrak über den schwarzen Geiger, in dessen Nähe sie standen.

Er saß auf einer Bank, die auf einem Tische stand, und sah so schwarz aus wie gewöhnlich; nur hatte er heute einen grünen Tannenbusch auf sein Hütchen gesteckt, zu seinen Füßen hatte er eine Flasche Rotwein und ein Glas stehen, welches er nie umstieß, obgleich er fortwährend mit den Beinen strampelte, wenn er geigte, und so eine Art von Tiertanz damit vollbrachte. Neben ihm saß noch ein schöner, aber trauriger junger Mensch mit einem Waldhorn, und ein Buckliger stand an einer Baßgeige. Sali erschrak auch, als er den Geiger erblickte; dieser grüßte sie aber auf das freundlichste und rief: „Ich habe doch gewußt, daß ich euch noch einmal aufspielen werde! So macht euch nur recht lustig, ihr Schäfchen, und tut mir Bescheid!"

Er bot Sali das volle Glas, und Sali trank und tat ihm Bescheid. Als der Geiger sah, wie erschrocken Brenchen war, suchte er ihm freundlich zuzureden und machte einige fast anmutige Scherze, die es zum Lachen brachten. Es ermunterte sich wieder, und nun waren sie froh, hier einen Bekannten zu haben und gewissermaßen unter dem besonderen Schutze des Geigers zu stehen. Sie tanzten nun ohne Unterlaß, sich und die Welt vergessend in dem Drehen, Singen und Lärmen, welches in und außer dem Hause rumorte und vom Berge weit in die Gegend hinausschallte, welche sich allmählich in den silbernen Duft des Herbstabends hüllte. Sie tanzten, bis es dunkelte und der größere Teil der lustigen Gäste sich schwankend und johlend nach allen Seiten entfernte. Was noch zurückblieb, war das eigentliche Hudelvölkchen, welches nirgends zu Hause war und sich zum guten Tag auch noch eine gute Nacht machen wollte. Unter diesen waren einige, welche mit dem Geiger gut bekannt schienen und fremdartig aussahen in ihrer zusammengewürfelten Tracht. Besonders ein junger Bursche fiel auf, der eine grüne Manchesterjacke trug und einen zerknitterten Strohhut, um den er einen Kranz von Ebereschen oder Vogelbeerbüscheln gebunden hatte. Dieser führte eine wilde Person mit sich, die einen Rock von kirschrotem, weiß getüpfeltem Kattun trug und sich einen Reifen von Rebenschossen um den Kopf gebunden, so daß an jeder Schläfe eine blaue Traube hing. Dies Paar war das ausgelassenste von allen, tanzte und sang unermüdlich und war in allen Ecken zugleich.

Dann war noch ein schlankes hübsches Mädchen da: welches ein schwarzseidenes abgeschossenes Kleid trug und ein weißes Tuch um den Kopf, daß der Zipfel über den Rücken fiel. Das Tuch zeigte rote, eingewobene Streifen und war eine gute leinene Handzwehle oder Serviette. Darunter leuchteten aber ein Paar veilchenblaue Augen hervor. Um den Hals und auf der Brust hing eine sechsfache Kette von Vogelbeeren auf einen Faden gezogen und ersetzte die schönste Korallenschnur. Diese Gestalt tanzte fortwährend allein mit sich selbst und verweigerte hartnäckig, mit einem der Gesellen zu tanzen. Nichtsdestoweniger bewegte sie sich anmutig und leicht herum und lächelte jedesmal, wenn sie sich an dem traurigen Waldhornbläser vorüberdrehte, wozu dieser immer den Kopf abwandte. Noch einige andere vergnügte Frauenleute waren da mit ihren Beschützern, alle von dürftigem Aussehen, aber sie waren um so lustiger und in bester Eintracht untereinander.

Als es gänzlich dunkel war, wollte der Wirt keine Lichter anzünden, da er behauptete, der Wind lösche sie aus, auch ginge der Vollmond sogleich auf, und für das, was ihm diese Herrschaften einbrächten, sei das Mondlicht gut genug. Diese Eröffnung wurde mit großem Wohlgefallen aufgenommen; die ganze Gesellschaft stellte sich an die Brüstung des luftigen Saales und sah dem Aufgange des Gestirnes entgegen, dessen Röte schon am Horizonte stand; und sobald der Mond aufging und sein Licht quer durch den Estrich des Paradiesgärtels warf, tanzten sie im Mondschein weiter, und zwar so still, artig und seelenvergnügt, als ob sie im Glanze von hundert Wachskerzen tanzten. Das seltsame Licht machte alle vertrauter, und so konnten Sali und Brenchen nicht umhin, sich unter die gemeinsame Lustbarkeit zu mischen und auch mit anderen zu tanzen. Aber jedesmal, wenn sie ein Weilchen getrennt gewesen, flogen sie zusammen und feierten ein Wiedersehen, als ob sie sich jahrelang gesucht und endlich gefunden. Sali machte ein trauriges und unmutiges Gesicht, wenn er mit einer anderen tanzte, und drehte fortwährend das Gesicht nach Brenchen hin, welches ihn nicht ansah, wenn es vorüberschwebte, glühte wie eine Purpurrose und überglücklich schien, mit wem es auch tanzte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200816-10/fragment/page=0002

Partei-Angelegenheiten.

Eisenbahner der S. P. D. Montag, den 16. August, abends 1/8 Uhr Versammlung in Wilsdorfs Gesellschaftshaus. Das Erscheinen aller Genossen wird erwartet.

Wie Koenen siegt.

Von W. Hesse.

Koenen, unabhängiger Reichstagsabgeordneter und Verfechter der selbständigen Räteidee, hatte in Halle eine Auseinandersetzung mit seinem Fraktionskollegen **Dißmann**, der entschieden für den Anschluß der Betriebsräte an die Gewerkschaften eintrat. Die Geister gerieten recht hart aneinander. Koenen, im Vorgefühl seines Sieges, kam dabei auf Dinge zu sprechen, die verrieten, wie man zwar schwer, aber desto sicherer siegen würde.

Ich habe nun nicht die Absicht, mich mit Koenen, seiner Person willen, auseinanderzusetzen; es kommt mir rein auf eine sachliche kritische Beleuchtung der Kampfesweise an. Und hierüber muß in aller Oeffentlichkeit einmal geredet werden. Koenen hat Fragen gewerkschaftlicher Natur mit einer derartigen oberflächlichen Leichtfertigkeit behandelt, die darauf schließen läßt, daß nur **Mangel an Sachkenntnis** oder überhaupt völlige Verständnislosigkeit in **praktischen** Gewerkschaftsfragen vorliegt. In einer Massenversammlung ist das Ernten von Ruhm eine furchtbar leichte Sache; anders aber liegen die Dinge, wenn in unermüdlicher Kleinarbeit, wo große Worte nur sinnlos wirken würden, für die Arbeiter etwas Praktisch-Sichtbares erreicht werden soll. Ich meine hier die Arbeiter als praktische Betriebsräte. In ihren Sitzungen, mit oder ohne Werksleitungen, handelt es sich oft um Erreichung von Verbesserungen, die für die Arbeiter eines Betriebes nicht unwesentlich sind. Und da muß man erleben, daß den gerissenen Werksvertretern unsere Kollegen oft nicht mit derselben Schneidigkeit gegenübertreten können. Das ist nicht ihre Schuld, wenn sie nicht ebenso gerissen sind — aber sie müssen es werden, wenn sie das Betriebsrätegesetz wirksam durchführen wollen.

Dort freilich ist nicht rauschender Beifall zu ernten. Da kann man auch nicht mit oberflächlichen Worten die Leute vertrösten, bis eine „rein revolutionäre Regierung" das Gesetz verbessert hat; da heißt es, sich auf den Boden des Augenblicks stellen, herausholen was geht. Hier fehlt's aber nun an dem Rüstzeug. Ueber ein halbes Jahr streitet man sich in der eigensinnigsten Weise, über die Form der Zusammenfassung der betreffenden Räte, **ihre Ausbildung** aber leidet, oder wird durch diese törichte Zeitvergeudung unmöglich gemacht. Währenddem sitzen die Herren Unternehmer wieder fester im Sattel, bereiten den Betriebsräten täglich neue Schwierigkeiten und unsere Betriebsräte leben von dem schwachen Koenenschen Trost, daß eine neue Regierung bessere Gesetze machen werde. Am Gesetz aber liegt's nicht allein — an denen liegt's, die es anwenden sollen, und das haben die Unternehmer besser verstanden. Ohne großen Phrasenschwall haben sie das Gesetz besser im Kopfe wie im Buche, stellen unsere Betriebsräte oft vor ungeheure Hindernisse. Die Folge ist: die Erfolge der Betriebsräte sind minimal, die Belegschaften werden mit ihren Betriebsräten unzufrieden; Mißtrauen der Arbeiter untereinander zieht ein und der Nutzen liegt auf seiten der Unternehmer.

Nun erklärt Koenen: „Wir, die U. S. P. D., müssen uns der Betriebsräte als unsere Organe bedienen. Haltet Euch bereit für den großen Schlag." Kein Wort sagt er den Betriebsräten, wie sie sich in der **praktischen Betriebsarbeit** zu verhalten haben. Er weißt auf bevorstehende große Kämpfe hin mit den Worten: „Wir können große Streiks auch ohne die finanzielle Hilfe der Gewerkschaften führen." Jeder Arbeiter könnte ihm aus der Praxis die **Unmöglichkeit** dieser praktischen Durchführung nachweisen.

Jeder weiß — das geht einfach nicht — unzählige Beispiele, gerade die in **Mitteldeutschland** beweisen das Gegenteil. Aber Koenen redet die Massen in den Hunger hinein, und wenn's nicht mehr geht, **bezahlen** — wie Dißmann ihm mit Recht sagte — **die Gewerkschaften die Zeche.**

In einer großen Konferenz wurde einmal an Koenen die Frage gestellt, was er zu tun gedenke, um den Steuerabzug ganz oder teilweise abzulenken. Mit der lächerlichsten Miene von der Welt und als wär's eine „Fünfminutensache" erklärte er: „Ja, das könnt Ihr selbstverständlich nicht tragen, es wird dafür gesorgt werden, daß Eure Unternehmer in Form von Lohnerhöhung einen Ausgleich gewähren müssen."

Schön — das war am 13. Juni, also schon lange her, damals zollte das Publikum stürmischen Beifall und heute bezahlen sie die Steuern. Wo bleibt der Erfolg? Währenddem aber sind die Gewerkschaften an der Arbeit, in tagelanger mühseliger Arbeit etwas zu erreichen — allerdings ohne großen Wortaufwand.

Aber man kann auch anders zum Ziele kommen. Kann man eine Idee nicht totreden oder „totklatschen" lassen in stürmischen Versammlungen, da beseitigt man eben die Personen. In der Auseinandersetzung mit Dißmann führte Koenen triumphierend aus: Lange Jahre habe ich an der Durchsetzung meiner Auffassung gearbeitet, oft stand ich allein, keiner wollte folgen, aber es kam doch. Einen nach den anderen habe ich beseitigt, bis wir schließlich festen Boden gefaßt hatten. Erst wurde Güldenberg beseitigt, dann kam Aleeis dran und andere. So wurde die Bahn frei gemacht, unsere Idee hatte gesiegt." Zawohl „gesiegt", aber wie — wenn die Macht der Idee allein nicht ausreicht Erfolg zu verbürgen, dann beseitigt man einfach mit allen Mitteln tüchtige, aber zur Durchführung seiner Pläne hindernd im Wege stehende, **unbequeme** Personen. Und dann stellt man sich hin und behauptet: „Seht mal, die Masse hat sich für mich entschieden." Das ist aber nicht der Kampf zur Durchsetzung der besten Geister — so werden nur Günstlinge der Masse an die Oberfläche geschwemmt, deren **praktische** Erfolge im Gegensatz zu ihren Reden stehen.

Nach meiner Ueberzeugung wird der durch Koenens „Sieg" herbeigeführte Beschluß, eine selbständige Räteorganisation zu gründen, zu einer **schweren Schädigung der Arbeiterbewegung führen. Damit** ist die Gewerkschaftsbewegung bedeutend geschwächt und die Position der Betriebsräte nicht gestärkt worden. **Den Vorteil heimsen die Arbeitgeber ein.** Den Erfolg werden die Betriebsräte bald deutlich zu spüren bekommen. Und am Ende wird es wieder, wie es in all diesen Situationen war, man kehrt zurück und nimmt die Kräfte der Gewerkschaften in Anspruch. Aber man will eben „eitler Ruhmsucht" willen sich die Köpfe erst einrennen. Man soll lieber dafür sorgen, daß den zum Teil noch völlig ungeübten Betriebsräten das Zeug gegeben wird, im täglichen Kleinkampfe sich durchsetzen zu können. Das von Koenen propagierte Sektenwesen gehört zu den **Kinderkrankheiten der Arbeiterbewegung** und sollte längst überwunden sein. Damit siegt wohl **Koenen** — aber **nicht** die Arbeiterklasse, und das ist das Entscheidende.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 16. August 1920.

Das Ergebnis einer stürmischen Gewerkschaftskartellsitzung.

Urabstimmung in den Betrieben über die W. A. O.

„Der gute Ton" in den Sitzungen des hallesche Gewerkschaftskartells gehört in der letzten Zeit nun bald schon zur Tagesordnung. Auch die am Freitag, den 13. d. Mts., abgehaltene Sitzung des Kartells und der Gewerkschaftsvorstände stand im Zeichen dieses „guten Tones". Die halleschen „Revolutionäre" können ohne ihn scheinbar gar nicht mehr auskommen und damit diese revolutionäre Betätigung nicht etwa mit der Zeit wieder abflaut, hat man sich jetzt eigens eine neue Organisation dazu geschaffen, die diese „Erziehungsarbeit" unter den Revolutionären mit unwiderstehlichem Elan leistet. Wenn die Anhänger der neuen Erziehungsorganisation (genannt ist die Wirtschaftliche Räte-Organisation) immer mit solchem „Schneid" ihren Gegnern gegenüberstreten wie in der letzten Sitzung, dann kann man dieses Aufwallen beinahe mit den Zuckungen eines Sterbenden vergleichen.

Doch lassen wir die Sitzung selbst sprechen. Nach einleitenden Worten des Kartellvorsitzenden, **Winkler**, über die Neubesetzung der beiden Sekretärstellen glaubte man, die Wahl der neuen Sekretäre ohne Zwischenfall erledigen zu können. Weit gefehlt! Die Rechnung war ohne die — R. W. gemacht. In der bekannten „Gerichts-Sitzung" der R. W. vom 27. Juli 1920, wo man den gesamten revolutionären Kartellvorstand als Angeklagte im Sinne des Wortes behandelte, ist von den vielgepriesenen R. W.-Leuten unter bestimmtem Einfluß den kündigenden Arbeitersekretären **Bowitzki** und dem 1918 in die U. S. P. D. eingetretenen jetzigen U. S. P.-**Vorsitzenden Lemck** ein Vertrauensvotum ausgestellt, daß das unbedingte Bleiben dieser beiden Arbeitersekretäre auf ihrem jetzigen Posten fordert. Obwohl die Sekretäre von den **Geldern der halleschen Gewerkschaften** besoldet werden und nicht von den R. W.-Leuten der **Partei**, glaubt man sich einfach mit albekanntem revolutionärem Schwung über diese Tatsache hinwegsetzen zu können. Zum Glück hatten die übrigen Kartelldelegierten Rückgrat genügend, sich ihr Handeln von diesen „Auch-Revolutionären" nicht vorschreiben zu lassen. Und so wurde dann auch in der nun folgenden geheimen Wahl die „Macht des revolutionären Proletariats Halles", die sich doch in den R. W. widerspiegelt, völlig geknickt. Von zirka 120 abgegebenen Stimmen wurden bei der Wahl des Gewerkschaftssekretärs **ganze 10 Stimmen für Lemck und Bowitzki** abgegeben, während sie es bei der Wahl des Arbeitersekretärs noch auf zusammen — 7 Stimmen bringen konnten. Und diese Stimmen wurden von der Wahlkommission noch dazu für ungültig erklärt, weil beide gar nicht zur Wahl standen. Mit dieser Tat des halleschen Kartells kann man sich schon eher einverstanden erklären. Es war die erste gute Tat, von der man sagen kann, daß sie revolutionären Charakter trage. Wir müssen abwarten, was uns die nunmehrigen neuen Arbeiter- bezw. Gewerkschaftssekretäre, die unabhängigen Genossen **Grabow**, Gotha und **Wielepp**, Berlin, bringen werden.

Die Frage der Zusammenfassung der Betriebsräte und die Stellungnahme des Kartells als solches hierzu macht den Gemütern noch viele Kopfschmerzen und die werden sie sobald auch nicht los werden. Das Kartell ist im gewissen Sinne Dienststelle des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und hat als solches die heilige Pflicht, sich in dem Rahmen der Beschlüsse des Bundes zu bewegen. Tut es dies nicht, so stellt es sich von selbst außerhalb des Bundes. Ob dies für die Einigkeit unter den Gewerkschaften von Vorteil sein wird, das ist die zweite Frage, deren Beantwortung sich aus der Fragestellung ergibt. Nun hat aber die bekannte „Konferenz" am 6. August d. Mts. einen „revolutionären" Sieg über das Kartell errungen, indem man sich mit überwältigender Mehrheit" (der Rrrrrrevolutionären) für die W. R. O. entschieden hat. Es bestehen für das Kartell zwei Beschlüsse, deren einer unbedingt zu achten ist und deren anderer sich durch seine Anhänger Achtung erzwingen will, und zwar dies auf dem Wege der **Urabstimmung in den Betrieben.** Dieser letzte Beschluß wurde auf Antrag gefaßt, in dem Moment, wo die Stelle der Wirtschaftlichen Räte-Organisation durch die Wicken zu gehen schienen. Die Stimmung in dieser Frage war allem Anschein nach klar, die W. R. O. hatte eine Gegnerschaft, wie sie es auf Grund der „revolutionären" Tat vom 6. August d. Mts. wohl kaum erwartet hatte. Führende und nicht zu unterschätzende Organisationen leisten der W. R. O. schon jetzt **keine Gefolgschaft**, weil es das Wesen der betreffenden Organisationen gar nicht zulässt. Was ist denn eigentlich von Wert hei der W. R. O.? Doch nur die Schreierei, mit dem ihre Anhänger andere bevormunden wollen. Phrasenpolitik und kein Ende, so recht nach halleschem Muster. Wird dereinst mal ein Schuldkonto an der Zerklüftung der Einheit der Gewerkschaften aufgestellt so wird man sich derer zu erinnern wissen, die allein aus purer Posten-jägerei, aus reinstem Egoismus ihr Unwesen unter dem Schutz einer politischen Partei treiben können. Moskau weiß dieser Partei den Weg, den sie künftig gehen muß. Da braucht man solche Elemente, da hat man auch nichts dagegen einzuwenden, daß diese „Führer" der W. R. O. noch **nicht mal einer freien Gewerkschaft als Mitglied angehören.** Halle steht unter dem Zeichen einer eigenen Revolution, da kann man solche Dinge schon mal vorübergehen lassen. Aber auch, ihr Massen, die ihr euren Willen durch Urabstimmung bekunden sollt, seht euch eure **Führer der Partei und der W. R. O. im besonderen** an. Ein Mann, der nicht freigewerkschaftlich organisiert ist, hat kein Recht auf solchen Posten. Denkt daran, wenn ihr abstimmt!

Tätigkeit innerhalb einer Partei erfordert Idealisten. Die Idealisten der U. S. P. lassen sich ihre **ehrenamtliche Tätigkeit der Vereinsabnutzung der Märzopfergelder mit — 1200 Mark entschädigen.**

Und so könnte man in dieser Art noch weiter fortfahren, wenn man die Gewerkschaftsarbeit mit der schreienden Phrasenpolitik der U. S. P. D. vergleichen wollte. Doch genug davon. Aber eins darf nicht unausgesprochen bleiben, und das gilt besonders den Gewerkschaften, soweit die Köpfe der Führer noch nicht ganz diesem dauernden „revolutionären" Gewähl verfallen sind. Es kommt ein Tag, wo die — R.-W. einen Beschluß zustande bringen, der das Kartell durch die R.-W. ablöst, wenn weiter in dem Tone verhandelt wird, wie es in letzter Zeit üblich war und wie es die R.-W.-Sitzung vom 21. 7., die „Konferenz" vom 6. 8. und die letzte Kartellsitzung erfahren mußte. Hieraegen gilt es Front zu machen und wir erwarten von den besonnenen Führern im Interesse der Arbeiterbewegung überhaupt, daß sie solchem Treiben den entschiedensten Widerstand entgegensetzen.

* **Die französische Sprachvereinigung**, gegründet 1903, für Damen und Herren zu Halle a. S., hielt kürzlich ihre Monatsversammlung ab, wobei unter anderen beschlossen wurde, noch einige neue Mitglieder aufzunehmen. Schriftliche Anmeldungen erbeten an Herrn Lehrer Hugo Becker, Karlstr. 8 II.

Im Apollotheater hat Edmund Eysler reizende Operette „Hanni geht tanzen" allabendlich einen großen Erfolg zu verzeichnen. Das Publikum unterhält sich auf das Beste und verlangt stürmisch die Wiederholungen der musikalischen Schlager. Die Direktion macht besonders darauf aufmerksam, daß die Operette „Hanni geht tanzen" nur noch wenige Tage auf dem Spielplan verbleibt. Ende dieser Woche erfolgt die Erstaufführung der Operette von „Einer Nacht im Paradies", dem derzeitigen Repertoire-Schlager des Theaters am Rollendorfplatz zu Berlin.

„Die Geächteten". (Der Ritualmord.) Das gewaltige Filmwerk welches das Publikum im Innersten ergreift, bedeutet eine Kulturtat. Die sieben Akte zeigen nirgends Lücken einer starken Spannung. Sybill Morel, Rita Clermont und Rosa Valetti prägen Frauencharaktere von eigenartigem Reiz, unter den männlichen Darstellern sind in erster Linie Leonhard Haskel, Alfred Abel und Wilh. Diegelmann echte Vertreter ihrer Wesenswelt. Furchtbar in ihrer Realistik sind die Pogromszenen aus der polnischen Kleinstadt, in wundervollem Kontrast dazu stehen die glanzvollen Bilder aus der Hellenenzeit. Mit Recht ist der Film zu einem Zugstück für das U.-T.-**Lichtspielhaus Alte Promenade** geworden.

Der Ehrenabend des „Philharmonischen Orchesters", der morgen, Dienstag, in Bad Wittekind um 8 Uhr beginnt, sei nochmals bestens empfohlen, denn das beliebte Orchester wird eine besonders schöne Vortragsfolge zu Gehör bringen, auch verbürgen so vortreffliche Dirigenten wie der Münchener Musikdirektor Benno **Plätz** und Obermusikmeister Karl **Steuer** die Güte der Ausführung. Eintrittskarten zu **ermäßigten** Preisen sind bei Heinrich Hotban noch zu haben, sonst an der Abendkasse.

Tatgefahren. Am Sonntag vormittag wurde in der **Merseburger Straße** ein 8 Jahre alter Knabe von einem Kraftwagen überfahren. Der Knabe wurde sofort nach dem Krankenhause Bergmannstrost gebracht, wo er gleich nach seiner Einlieferung an inneren Verletzungen **verstorben** ist.

Volkswirtschaftliche und juristische Beratungsstelle.

Anfrage: J. S. Del . . . . war bis vor einiger Zeit in der Ammendorfer Papierfabrik beschäftigt und erhielt während der Kriegszeit mit anderen Jubilaren arbeitsordnungsgemäß 50 Mk. Geschenk. Diese Beträge sind von der Fabrik insgesamt in Kriegsanleihe angelegt worden und für obigen, da er das Arbeitsverhältnis löste, nicht ausgezahlt worden. Was soll dieser zur Erlangung des Geldes unternehmen?

Antwort: Es kommt in diesem Falle auf den Wortlaut der Arbeitsordnung an, namentlich darauf, ob und unter welchen Bedingungen die Schenkung versprochen worden ist. Uebrigens weisen wir Sie darauf hin, daß ein Schenkungsversprechen nach § 518 B. G. B. der gerichtlichen und notariellen Beurkundung bedarf, um Gültigkeit zu erlangen. Etwas anderes ist es, wenn die Schenkung durch Uebergabe vollzogen ist.

Provinz und Umgegend.

Das Scharfschießen der Roten Armee.

Die Pressestelle beim Oberpräsidium teilt mit: „In den ersten Tagen des August erschien in einigen rechtsstehenden Blättern des Bezirks die Nachricht, daß am Sonntag, den 1. August in Harzgerode ein Scharfschießen einer Formation der Roten Armee stattgefunden habe unter dem Deckmamen eines Scharfschießens der Harzgeroder Ortswehr. In Wirklichkeit sei aber diese Ortswehr eine ganz einseitige Organisation der Arbeiter- und linksradikaler Kreise. Sie müsse deshalb als eine Formation der geplanten Roten Armee angesehen werden. Dem Bürgermeister Schmidt von Harzgerode wurde vorgeworfen, daß er für die Herumtallerei irgendwelcher beliebigen Leute den behördlichen Apparat zur Verfügung stelle; der anhaltischen Regierung wurde vorgeworfen, daß sie diese Meldung leichtfertig beiseitegelegt habe.

Auf Grund dieser Zeitungsnachricht sind eingehende Ermittlungen angestellt worden, welche folgendes Ergebnis zeitigten. Das Garnisonkommando der Reichswehr Quedlinburg meldet unter dem 9. August 1920:

Der Reichskommissar für die Kreise Bernburg, Köthen und Ballenstedt, Herr Major Ziegert a. D. in Bernburg, berichtet zu dem Vorgang folgendes:

Die Bürgerschaft von Harzgerode hatte die Gründung einer Einwohnerwehr schon Anfang März in Erwägung gezogen. Die Gründung selbst erfolgte dann allerdings beschleunigt nach den Kapp-Putschtagen, geschah jedoch nach den von der anhaltischen Regierung unter dem 12. Oktober 1919 erlassenen „Allgemeinen Grundsätzen für die Aufstellung von Einwohnerwehren Anhalts" im Einvernehmen mit dem zuständigen Kreisrat.

Der Wehrausschuß dieser Einwohnerwehr setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen, und zwar aus:

dem Bürgermeister, zwei Stadträten (und zwar je einem der mehrheitssozialistischen und einem der bürgerlichen Partei angehörenden Herrn), dem Führer der Einwohnerwehr, einem Zugführer und einem Gruppenführer.

Die Wehr wird aus allen Schichten der Bevölkerung gebildet, wenn gleich sie entsprechend der Zusammensetzung der Bevölkerung von Harzgerode der großen Mehrzahl nach aus Arbeitern besteht; sie ist eine Vereinigung von ruhe- und ordnungsliebenden Bürgern und betätigt sich grundsätzlich nicht in politischer Beziehung. Ihre weitere Vermehrung steht zu erwarten, hingegen sorgt der Wehrausschuß dafür, daß keine unlauteren Elemente Einlaß in die Einwohnerwehr finden.

Die 80 Gewehre sind auf die vorhandenen drei Züge verteilt und befinden sich in Verwahrung bei zuverlässigen Mitgliedern der Wehr.

Die Wehr hatte am 1. August 1920 zum erstenmal ein Uebungsschießen auf dem in der Nähe von Harzgerode befindlichen Gewehrschießstand abgehalten. Dies geschah nach militärischen Grundsätzen unter Beobachtung aller Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung von Unfällen. Hierzu gehörte eine ziemlich weitläufige Absperrung des gefährdeten Geländes. Daraus, daß einer der Absperrungsposten eine rote Armbinde trug, ist das Gerücht verbreitet worden, daß es sich um ein Uebungsschießen einer sogenannten Roten Kompagnie handelte. Unliebsame Zwischenfälle irgendwelcher Art oder Unfälle haben sich beim Schießen nicht ereignet."

So wäre denn auch diese Schauermär wieder erledigt. Für den Augenblick wenigstens. Zu gegebener Zeit wird das „Scharfschießen der Roten Armee von Harzgerode" ja doch wieder auftauchen. Und die kleine Presse in der Provinz wird ohnedies von dieser Richtigstellung keine Notiz nehmen. Sie ist nur auf Schauernachrichten gedrillt.

Hörsing und die Spitzelmeldungen.

Zu einer Mitteilung einiger Berliner Blätter, daß auch Oberpräsident Hörsing in Magdeburg die Nachrichten des Lehrers Ziesenitz ebenso wie die Reichswehrbrigade IV entgegengenommen und benutzt habe, ist zu erklären, daß Oberpräsident Hörsing eine Anzahl von Nachrichten des Ziesenitz unaufgefordert erhalten hat. Er hat sie entgegengenommen, da er von vornherein davon über-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200816-10/fragment/page=0003

zeugt war, daß es sich um erlogene Mitteilungen handelt, und das es nur möglich ist, derartige Nachrichtenkanäle zu verstopfen, wenn man ihnen auch bis in alle ihre Verästelungen nachgeht. Das Vorgehen Höfings in den letzten Tagen zeigt denn auch, wie er von Anfang an die Zieseniitzschen Meldungen bewertet hat.

Der Kommentar, den die „Hallesche Zeitung" vom Sonntag unter der Ueberschrift „Um die Oraesch in Halle", an diese Mitteilungen hängt, zeigt, wie man auf dieser Seite ob der peinlichen Enthüllungen in maßlose Wut geraten ist und nun sinnlos um sich herum redet, um den verhaßten Gegner selbst in dieser Lage noch zu treffen.

Der Viehstand der Provinz Sachsen.

Die soeben veröffentlichten vorläufigen Ergebnisse der am 1. Juni 1920 vorgenommenen Viehzählung zeigen im Vergleich mit der Viehzählung Juni 1919 eine recht erfreuliche Zunahme des Viehbestandes in der Provinz Sachsen. Der Pferdebestand hat sich von 209 241 auf 211 656 vergrößert. Desgleichen hat der Rindviehbestand eine nicht unbeträchtliche Vergrößerung erfahren, im wesentlichen herbeigeführt durch beträchtliches Steigen der Zahl der Jungrinder; den 77 661 Stück Zunahme des Jahres 1919 stehen jetzt 91 841 Stück gegenüber. Die Zunahme beträgt beim Jungvieh nicht weniger als 18 35 Prozent. An Rindvieh überhaupt waren vorhanden 1919: 642 923; 1920: 666 754 Stück. Ganz außerordentlich gestiegen (um 38 Prozent) ist die Zahl der Schweine, und zwar von 670 919 auf 924 658 Stück. Auch der Schafbestand mit seinen Anwachsen von 567 705 auf 646 194 Stück und der Ziegenbestand (1919: 454 243; 1920: 506 259) beweisen die recht erfreuliche Zunahme des Viehestandes der Provinz Sachsen.

Ammendorf. Autolinie nach Scheuditz. Demnächst soll eine Verkehrsverbindung von hier nach Scheuditz ins Leben gerufen werden, durch eine Auto-Omnibus-Linie, die täglich zunächst zweimal nach Scheuditz verkehrt. Die Linie ist geplant über Dölnitz, Wesenitz, Pritschöna, Raßnitz, Wetzmar, Obertau, Aermelitz, Meßlau, Lochau. Jeder Wagen wird 22 Sitzplätze haben. Die Wagen sind mit Gummibereifung versehen. Die Geschwindigkeit wird 20 Kilometer in der Stunde betragen, und der Fahrpreis soll für das Kilometer auf 40 Pfennig gestellt werden.

Merseburg. Spa-Genf-Moskau und die Eisenbahnerschaft. Ueber dieses Thema sprach am gestrigen Sonntag der Reichstagsabgeordnete Gen. Krüger im Auftrage der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner und des D. E. V. Gen. Krüger ging besonders auf die Stellung der Eisenbahner zu all den jetzt das politische Leben bestimmenden Faktoren ein und zeigte, welch gewichtiges Wörtlein gerade die Eisenbahner bei einem großen Teil der jetzt auf der weltpolitischen Tagesordnung stehenden Fragen mitzureden haben. Zur Festigung dieser mitentscheidenden Stellung sei aber die Durchführung der Demokratisierung in der Verwaltung dringend nötig und die Eisenbahnerschaft müsse dazu durch zielbewußtes Arbeiten und Festhalten an der Einigkeit zwischen Beamten und Arbeiter mit allen Kräften beitragen. In der Hand der deutschen Eisenbahner müsse die Neutralität Deutschlands ruhen, ihre starken Organisationen müssen in dieser Frage die entscheidenden Schritte tun, um ein Ueberfluten der deutschen Fluren mit Kriegsnot und Greuel zu verhüten. Die Kernpunkte des Referates, Spa-Genf-Moskau, behandelte Gen. Krüger in ähnlichem Sinne wie in der öffentlichen Versammlung, am Freitag, den 6. d. M., im Thaliasaale zu Halle. Wir berichteten bereits darüber in unserer Nummer am Sonnabend, den 7. August. Folgende Resolution wurde sodann von der Versammlung einstimmig angenommen: „Die heute im Schützenhaus in großer Zahl versammelten Eisenbahnbeamten und -Arbeiter von Merseburg und Umgegend erklären einstimmig voll und ganz die deutsche Neutralität mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln schützen zu wollen. Sie setzen in ihre gewählten Führer das Vertrauen, daß sie die nötigen Maßnahmen zur Durchführung dieses Beschlusses treffen werden.

Unseburg. Bergmannslos. Verschüttet wurde auf der Braunkohlengrube „Johanne Henriette" der Bergarbeiter Franz Meier. Niederstürzende Kohlenmengen begruben den Bedauernswerten unter sich. Die Bergungsmannschaften konnten ihn nur als Leiche herausziehen, da ihre Arbeiten durch Loslösen von neuen Kohlenschichten stark erschwert wurden.

Versammlungs-Kalender

Zörbig. Montag, den 16. August, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Vorstandssitzung. Vollzähliges Erscheinen sämtlicher Vorstandsmitglieder erforderlich.

Papitz-Schkeuditz. Abend 8 Uhr im Landhaus Papitz Mitgliederversammlung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung (u. a. Wahl des Parteitagsdelegierten) erfordert das Erscheinen aller Mitglieder — auch die Frauen; Freunde sind willkommen. Der Vorstand.

Wirtschaftliches.

Ueber die Lage in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie

wird berichtet: Im allgemeinen bleibt die Betriebstätigkeit in der Woll- und Baumwollspinnerei immer noch sehr beschränkt. Die allgemeine Unklarheit über die wirtschaftliche Entwicklung und der anhaltend hohe Preisstand der Rohstoffe ermutigt nicht zu Dispositionen über den unbedingt vorliegenden Bedarf hinaus. Die ganze Lage ist aufs Ungewisse eingestellt und jeder hält weiter zurück und will sich vor Ueberraschungen sichern. Man hofft, daß die nächsten Wochen eine Klärung bringen werden, die Anlaß zu industrieller Betätigung sein wird, und zwar namentlich auch dann, wenn die leidige Brennstofffrage endlich mehr der Bedeutung der Industrie angepaßt wird. Was die Weberei-Industrie anlangt, so ist deren Beschäftigung in den meisten Fällen immer noch ungenügend. Die vielfach weitgehenden Betriebseinschränkungen bestehen auch weiter fort. Die vielseitigen Bemühungen, Arbeit zu schaffen, sind noch ohne Erfolg geblieben. Es wird ja gemustert, es sind das aber alles nur schüchterne Versuche. Am besten sind die Betriebe noch daran, die Seidenstoffe herstellen. Garne werden neuerdings reger angeboten, aber zu hohen Preisen. Die Kaufunlust seitens der Konsumenten hält leider immer noch an, so daß sich die Fabrikanten zu großen Abschlüssen nicht bereit finden lassen. Zweifellos besteht bei den Unternehmern Warenbedarf, was aus den sich steigernden täglichen Anfragen zu ersehen ist. Die verworrenen Verhältnisse lassen aber kaum eine ausreichende Warenkalkulation zu. Neuerdings sind die Arbeiter in vielen Bezirken an die Arbeitgeber herangetreten und verlangen kostenlose Hergabe von Stoffen zu Anzügen und Hemden usw. An einzelnen Stellen sind Arbeiter mit dieser Forderung ziemlich robust aufgetreten, so daß man sich nur über solche Unvernunft wundern kann. Hier sollten denn doch auch die Arbeiterführer einen abwehrenden Standpunkt gegen solche Forderungen einnehmen, denn auf solche Weise wird es der Industrie unmöglich gemacht, wieder vorwärts zu kommen und daran sollte es doch der Arbeiterschaft in erster Linie gelegen sein. Nicht ungünstig hat sich in den letzten Wochen das Geschäft in der Teppich- und Deckenindustrie angelassen. Hier hat sich die Fabrikation gebessert und der Versand gestärkt. In einzelnen Artikeln ist die Ware nicht so schnell herzustellen, wie sie abgefordert wird. Im allgemeinen heat man in der Industrie Hoffnungen, daß in einigen Wochen sich das Geschäft beleben wird. Die Aussichten mehren sich hierfür vom In- und Ausland.

Gewerkschaftliches.

Ein wahres Wort.

Die seit dem Austritt Richard Müllers aus der Redaktion wieder leidlich vernünftig gewordene „Metallarbeiterzeitung" schreibt unter der Ueberschrift: „Die „Einigung" der Räte in Berlin" folgendes:

„Die Gewerkschaftskommission Berlin entschied zweimal, daß die Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften zu erfassen seien. Auf Verlangen der Mitgliedschaften fanden erneute Verhandlungen mit der Rätezentrale statt. Das Ergebnis war eine Einigungsformel, nach der die Selbständigkeit der Räteorganisation gewahrt wird, die Finanzierung durch die Gewerkschaften erfolgt und eine neue provisorische Rätezentrale, bestehend aus Vertretern der Rätezentralen der U. S. P., S. P. D., K. P. D. und der Gewerkschaften, geschaffen wurde. Die Vertreter der Afa erklärten, daß sie in einer Organisation mit Bürgerlichen, Gelben und sonstigem Mischmasch nicht zusammen sein könnten. Sie ersteben den Zusammenschluß in den Gewerkschaften. Nunmehr haben auch die Betriebsräte der S. P. D. beschlossen, gemeinsam mit der Afa die Zusammenfassung der Räte nach den Richtlinien des A. D. G. B. vorzunehmen. Dieses Ergebnis war vorauszusehen, da es unmöglich ist, die widerstrebenden Elemente in einer selbständigen Räteorganisation zu vereinigen. **Nur die freigewerkschaftlichen Betriebsräte, erfaßt von den Gewerkschaften, können eine aktionsfähige Kampftruppe bilden."**

Zu dieser Erkenntnis ist man in der Münzstraße noch nicht gekommen. In holder Eintracht mit Gelben und Blauen will man dort für den Sozialismus — freilich, wie ihn Müller und Malzahn auffassen — kämpfen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Bildung von Ortswehren in Ostpreußen.

Königsberg, 15. Aug. Der Oberpräsident erläßt einen Aufruf an die Bevölkerung Ostpreußens, in dem er zum Schutze der Heimat und zur Wahrung der Neutralität die Bildung von Grenz- und Ortswehren genehmigt. Alle Schichten der Bevölkerung sollen in diesen Wehren gleichmäßig vertreten sein.

Die fremden Gesandten verlassen Warschau.

Berlin, 15. Aug. Der deutsche Gesandte in Warschau, Graf Oberndorff, ist gestern mit den Chefs der anderen fremden Missionen aus Warschau in Begleitung eines Vertreters des polnischen Ministeriums des Aeußeren in Posen eingetroffen.

Wie wir hören, hat auch Lord D'Abernon Warschau verlassen.

Ein Bierbund der ehemaligen österreichischen Länder.

Wien, 15. Aug. Das „Neue Wiener Tagblatt" meldet, daß bei den gegenwärtigen Zusammenkünften der Minister des Aeußeren Tschechiens, Südslaviens, Rumäniens und Oesterreichs es sich darum handele, eine Union zwischen den vier Staaten zu bilden, welche nach außen hin als eine geschlossene Phalanx auftreten solle, wenn die rote Armee versuchen sollte, nach Mitteleuropa vorzudringen, und um Ungarn niederzuhalten, falls dieses versuchte, bewaffnete Hilfe für Polen zu leisten oder die im Friedensvertrag vorgesehenen Grenzen zu seinen Gunsten abzuändern. Oesterreich wäre in solchem Falle von der Waffenhilfe befreit, müßte Munitionsbestände liefern, sonst aber strenge Neutralität bewahren. Des weiteren bezwecke die Union, die Wiederkehr der Habsburger nach Ungarn zu verhindern und den Anfang einer mitteleuropäischen politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung anzubahnen.

Tagung des internationalen Büros.

Paris, 15. Aug. Havas berichtet, daß einer Einladung des C. G. T. folgend das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf den 19. August nach Amsterdam einberufen würde zur Prüfung der durch den russisch-polnischen Krieg geschaffenen Lage. Präsident des Internationalen Gewerkschaft-bundes ist Appleton von der englischen Tradeunion, Vizepräsident ist Jouhaux.

Bela Khun in Rußland. Eine russische drahtlose Meldung besagt: Der frühere ungarische Volkskommissar Bela Khun ist in Petersburg eingetroffen.

Abkommen über Kleinasien. Zwischen England, Frankreich und Italien ist ein Abkommen betreffend die Abgrenzung der Besetzungszone in Kleinasien abgeschlossen worden.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Die Urliste der in der Stadt Halle wohnhaften Personen, die zu dem Amte eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, wird gemäß § 36 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 vom 19. bis 26. August innerhalb der Dienststunden im Büro VIII, Großer Berlin Nr. 11, zu jedermanns Einsicht ausliegen. Gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Urliste kann innerhalb der Frist im genannten Büro schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erhoben werden.

Halle, 16. August 1920. **Der Magistrat.**

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule, am Dienstag, den 17. August. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 61 500 bis 63 000 vormittags von 8 bis 12 und die Inhaber mit den Nummern 63 001 bis 65 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person eines Haushaltes 115 Gramm zum Preis von 1,00 Mark abgegeben werden. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Rotgoulasch, Milchsüßspeise, Milchpulver und Malzextrakt in der Talamtschule, am Dienstag, den 17. August. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 9 001 bis 13 500 vormittags von 8 bis 12 und die Inhaber mit den Nummern 13 501 bis 18 000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person eines Haushaltes 1 Kilo-Dose Rotgoulasch zum Preise von 11,00 Mark, 2 Pakete Milchsüßspeise zum Preise von 0,55 Mark für ein Paket, 100 Gramm Milchpulver zum Preise von 1,60 Mark und 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4,30 Mark abgegeben werden. — Die Rotfleischkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzog, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. b. m. H. zu Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Zahle für
Strumpfwolle kg 12 Mk.
Hauslumpen „ 60 Pfg.
Felle, Metalle, Eisen, Papier
höchste Preise
A. Bode, Gr. Klausstr. 22. Telefon 2216.
— Kostenlose Abholung. —

U.T
Leipzigerstrasse 88. Fernruf 1294. | Alte Promenade 11a. Fernruf 5738
Erstaufführung: Der Leiermann
Grosses Drama in 5 Akten mit Max Neufeld.
Prachtvolle Natur-Aufnahmen aus den bayerischen Bergen erhöhen die schon packende Handlung.
Vorfhr.: 4.50, 7.00, 9.20
Doktor Klaus
Volksstück in 3 Akt. nach dem gleichnamig. Bühnenwerk von Adolf L'Arronge.
Vorfhr.: 4.00, 6.10 8.20
Beginn 4 Uhr.
Erstaufführung des mit grossem Erfolg in Leipzig aufgeführten Films
Die Geächteten (Der Ritualmord)
Gigantisches Filmwerk in 7 Akten
In den Hauptrollen: Alfred Abel, Rita Clermont, Wilh. Diegelmann, Rosa Valetti.
Vorfhr.: 4.10, 6.20, 8.30
Die neuesten Wochenberichte.
Beginn 4 Uhr.
Wochentags bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm.
Eintrittskarten haben nur am Tage der Lösung Gültigkeit.

Bestes Aufwasch-, Putz- und Reinigungsmittel für alle Zwecke!
Man spart Arbeit Seife und Geld!
Zu haben in: Colonialwaren-, Drogen-, Küchengeräte- und Seifenhandlungen.
Prämiiert „Hygiene" Dresden 1911
Hersteller: Chem. Werke Kemmlitz G. m. b. H. Kemmlitz-Mügeln Bez. Leipzig.
Bezirks-General-Vertrieb Fa. Hermann Jentzsch, Leipzig-Sellerhausen.

Vernickelung. Emaillieren v. Fahrrädern usw. pp. billig. Gebr. Plato, Gr. Brauhausstraße 29.

Apollo-Theater. Anfg. 8 Uhr. „Hanni geht tanzen." Optl. 3 Bild. v. E. Eysler. Vorverk. 9–1 u. 5–7.

Licht-Spiele Gr. Ulrichstraße 51 Fernruf 4681
Ab heute bis einschl. Donnerstag
Vollständig neues Programm!
„Die blonde Magda"
Liebes-Drama in 4 Akten.
Hierzu:
das urkomische, tolle Lustspiel
Ede u. Co.
3 Akte.
Einlass 3½ Beginn 4 Uhr
Wochentags auf allen Plätzen bis 5 Uhr nachm. kleine Preise bei vollem Programm.

Unterricht
Tanzunterricht!
Beginn Mittwoch, 1. September.
Anmeldungen erbeten.
Große fortlaufende Zirkel und Einzelkurse für moderne Tänze.
Frau M. Schmidt-Valentin, Fernruf 2006. Poststraße 3.

Vermischtes
Jeder wird Erfinder! Meine kostenlose Broschüre öffnet Ihnen die Augen. Ing. Stolz, Bonn, Kapuzinerstraße 9.

Saison-Räumungs-Verkauf bes. billige Preise G. Liebermann, Geisstraße 42.

Achtung! Steuerabzug! Datumsstempel zum Entwerten von Steuermarken, Invalidenmarken usw. sowie auch alle anderen Stempel liefert prompt und preiswert die Buchhandlung der Volksstimme

Schluß der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200816-10/fragment/page=0004